

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Medieninformation, 29.05.2024

Wahlen 2024 wichtige Richtungsentscheidungen für Österreich und Europa

**Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform legt abschließenden
und zusammenfassenden Demokratiebefund vor – Sicherung der
liberalen Demokratie hat Priorität – Vorschläge zur Demokratiereform in
der kommenden Legislaturperiode des österreichischen Nationalrats**

Im Vorfeld der Europa- und Nationalratswahl präsentierte die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform am Mittwoch, 29. Mai 2024 ihren zusammenfassenden und letzten Demokratiebefund, bei dem sie zugleich ein Resümee ihrer mehr als 15-jährigen Tätigkeit zog. Sprecher Heinrich Neisser bezeichnete die beiden bevorstehenden Wahlen als wichtige Richtungsentscheidungen für Österreich und Europa.

Die Initiative Mehrheitswahl wurde 2007 gegründet, als das Unbehagen an tatsächlichem und gefühltem Stillstand, an Blockade und Packelei der SPÖ/ÖVP-Koalition besonders groß war. Ein mehrheitsförderndes und persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht wurde vielfach als probates Mittel für eine Vitalisierung der Demokratie in Österreich gesehen. Die Initiative hat dazu zahlreiche Vorschläge vorgelegt, es zeigte sich aber, dass hierfür nicht rasch ein Parteikonsens zu erzielen war. Die Initiative erweiterte folgerichtig ihren Fokus auf Fragen der Demokratiereform im Allgemeinen – insbesondere auch Fragen der direkten Demokratie, der unabhängigen Justiz und Medien und der politischen Bildung – und nannte sich Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform. Seit 2011 wurden alljährlich Demokratiebefunde rund um den Verfassungstag vorgelegt, in denen Entwicklungen und Perspektiven der österreichischen Demokratie analysiert und konkrete Vorschläge unterbreitet werden.

Die Initiatoren hätten nicht gedacht, dass relativ wenige Jahre später die Demokratie selbst am Prüfstand steht und es nicht ausgeschlossen scheint, dass diese Regierungsform - zu der wir uns vorbehaltlos bekennen- grundsätzlich in Gefahr geraten könnte. Weltweit bis hin in das bisherige Demokratie-Musterland USA sind solche Tendenzen deutlich erkennbar, jedenfalls scheint die liberale Demokratie in den letzten Jahren weltweit unter Druck geraten und auf dem Rückzug.

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Unsere Vorschläge

Wir sind trotzdem oder gerade deswegen der Meinung, dass strukturelle Maßnahmen sinnvoll sind und die Weiterentwicklung der Demokratie und ihrer Instrumente eine wichtige Aufgabe bleibt, wobei das nach den Nationalratswahlen im Herbst neuzusammengesetzte Parlament und die neuzubildende Bundesregierung aufgerufen sind, entsprechende Initiativen zu setzen.

Dazu zählen:

- Die strukturelle Begünstigung regierungsfähiger Mehrheiten und handlungsfähiger Regierungen
- Die Stärkung von Persönlichkeitselementen beim Wahlrecht
- Die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten für Bürger:innen und Interessierte
- Verbesserungen im Gesetzwerdungsprozess
- Die Erhöhung von Transparenz
- Die Stärkung der Politische Bildung, insbesondere auch in den Bereichen kritische Medienbildung, Zeitgeschichte und Europainformation
- Notwendige Strukturreformen, etwa
- Integrationsmaßnahmen für politikferne Personen
- Die Sicherstellung einer pluralen und unabhängigen Medienlandschaft vor allem im Printmedienbereich und die Sicherung eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Medienveranstalters
- Eine seriöse Europa-Information
- Prüfung der Chancen und Gefahren der digitalen Möglichkeiten und der KI und ihrer Anwendung im Interesse des demokratischen Prozesses

Für den nunmehr vorliegenden abschließenden und zusammenfassenden Demokratiefbefund haben **Heinrich Neisser, Herwig Hösele, Walter Marschitz, Klaus Poier** und **Melanie Sully** Beiträge zur Situation der Demokratie national und global, zur Medienpolitik in Österreich und zur Entwicklung der Demokratiereform in Österreich verfasst.

Die Initiative ist der festen Überzeugung, dass das Bemühen um eine Verbesserung der Demokratiequalität in Österreich weitergehen und intensiviert werden muss und spricht die Hoffnung aus, dass die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Gruppen den dafür notwendigen politischen Diskurs befeuern werden.

Rückfragen: *Herwig Hösele*, +43 664/18 17 481 bzw. h.hoesele@mehrheitswahl.at